

# Die Arbeiterin

## Zeitschrift

für die Interessen der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes.

Organ aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen der Arbeiterinnen.

Eintracht macht stark — Bildung macht frei!

Redaktion: Emma Jhrer, Welten (Marf). — Expedition und Verlag: Fr. Meyer, Hamburg, Rosenstr. 35.

Erscheint wöchentlich einmal und zwar am  
Sonnabend.

Annoncen pro Zeile 20 Pfennig. Vereine erhalten  
Rabatt.

Abonnement pro Vierteljahr 1 Mark, Einzelnummer  
10 Pf. Direkt per Kreuzband Mk. 1.40.

### Freunde und Freundinnen! Sorgt für die Verbreitung der „Arbeiterin“!

Wir sehen hiermit unsere Leserinnen und Leser in Kenntniß, daß die „Arbeiterin“ mit Auf dieses Quartals in den Verlag von W. Dieck-Stuttgart übergeht. Die Redaktion dieses Blattes wird alsdann von Frau Clara Bekhin übernommen werden.

Im Anschluß an obige Mittheilung ergeht die Forderung, die noch ausstehenden Abonnementgelder umgehend an den Verlag unseres Blattes

Fr. Meyer, Rosenstr. 35, Hamburg

senden zu wollen.

Redaktion und Verlag  
der „Arbeiterin“.

### Leben die Arbeiter beiderlei Geschlechts?

Die Lebenshaltung des Arbeiters ist einzig und allein der Höhe seines Arbeitsverdienstes abhängig. Dieses ist die alleinige Einnahmequelle und bestimmt demgemäß die Höhe seines Lebensgenusses und seiner Lebensfreude.

Da die Arbeit alle Werthe schafft, alles das produziert, das Leben verschönt, angenehm und begehrenswerth macht, so sollte man meinen, die Arbeiter müßten auch das Maß von Lebensglück und Lebensfreude genießen.

Aber nichts von Alledem! Das Gegentheil ist der Fall. Wer da glaubt, die Arbeit sei den Arbeitern höchster Lohn, höchste Freude, freudige Pflichterfüllung, der irrt sich. Die Arbeit wird von den Arbeitern als eine schwere Last, die Sorge, Noth und Plage mit sich bringt, empfunden und empfunden. Wie kommt das?

Weil der Lohn für die geleistete Arbeit fast durchschnittlich nicht einmal hinreicht, des Lebens allernothwendigste Bedürfnisse zu befriedigen. Weil so viele kleine bescheidene Bedürfnisse der eigenen Person und der lieben Angehörigen nicht befriedigt werden können, so müssen diese Bedürfnisse immer wieder zurückgedrängt und zurückgewiesen werden. Wo soll da für den Arbeiter Lebensfreude herkommen? wenn er sieht, daß er trotz redlichen Schaffens kein und der Seinigen nachts Leben durchschlägt, daß er nicht einen Groschen übrig behält, um seinen Angehörigen Freude bereiten zu können, um sich mit ihnen zu freuen.

Die Arbeiter arbeiten, nur um zu leben, — kaum zu leben. Es ist schon nicht mehr ein Leben, sondern nur noch ein Vegetiren. Was dem Arbeiter aber den letzten Rest an der Lust zur Arbeit vergällt, das ist, daß er sie nicht als eine Gnade, eine Günstbezeugung, eine Vergünstigung betrachten soll.

Dahin ist es in der kapitalistischen Gesellschaft schon gekommen, daß die Arbeiter sich bei ihrer Einstellung erst einer Musterung zu unterziehen haben, und wer diese Musterung nicht bestehen kann, wird unerbittlich von der Vergünstigung seiner Arbeitswilligkeit zurückgewiesen. Die Musterung und Prüfung, deren sich der Arbeiter bei seiner Einstellung unterziehen muß, bezieht sich aber nicht auf die berufliche Brauchbarkeit und Tüchtigkeit, sondern in der Linie auf seine politische Gesinnung, seine frühere Thätigkeit im öffentlichen Leben und wehe ihm, wenn er nicht beikommen lassen, niemals als der Sprecher oder Vertreter einer Lohnkommission zu fungiren, der Unternehmer ihm die Vernichtung geschworen, zischelt ihm wieder höflich als Antwort auf seine Anfrage entgegen, einem halben Jahre können Sie einmal wieder vorstehen. Bei den Frauen und Mädchen geht man noch weiter, sie sollen weder Versammlungen besuchen, noch Fachvereine mitgliedern sein. Wo soll da Liebe, Lust und Freudigkeit zur Arbeit herkommen? —

Wenn die Arbeiter eine passende Gelegenheit wahrnehmen und dem Unternehmertum die Unzulänglichkeit der Lebenslage nachweisen, dann soll an den Vorkämpfern ein Gesetz statuiert werden, daß die anderen sich sobald nicht beikommen lassen, mit ähnlichen Forderungen hervorzutreten.

Wie ist nicht in allen Tonarten über die unverthämten Forderungen der Arbeiter gewettert worden? wie hat man sie nicht als Verschwender und genußsüchtige Menschen verschrieen, die in der Befriedigung ihrer Leidenschaften weder Maß noch Ziel einzuhalten wissen. Leider fanden diese Verläumdungen der Arbeiterchaft in den Zeiten guten Geschäftsganges bei den engherzigen Jophsphilistern gläubige Ohren. Auch die wußten Wahres mit Erfundnem zu mischen und weiter zu kolportiren, daß man zu der Annahme verleitet wurde, die Gewerbetreibenden ärgerten sich, wenn sie an den Arbeitern ein Stück Geld verdienen und diese sich einen Genuß durch höheren Verdienst verschaffen konnten.

Heute ist das anders geworden. Weite Kreise der Kleingewerbetreibenden sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß, wenn die Arbeiter nichts oder nur geringen Lohn verdienen, auch ihnen die Lebensader unterbunden ist. Die abgedroschene Phrase von dem genußsüchtigen, begehrliehen Arbeiter zieht nicht mehr. Selbst dem vertrauensseligsten Philister ist sie nicht mehr vorzukauen.

Nicht nur allein die Thatsache, daß wir uns in einer Periode des geschäftlichen Niederganges bei sinkenden Löhnen befinden, sondern auch, daß wir bereits im Sommer eine in dieser Höhe noch nicht beobachtete Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten, ist nicht mehr wegzuleugnen, sie ist zu offenkundig. Dazu kommt die Wirkung der fortwährend steigenden nothwendigsten Lebensmittel, welche die Kaufkraft des Arbeiterstandes mindestens um ein Drittel ihres Arbeitsverdienstes herabgesetzt hat. Die Thatsachen sind jetzt auch den Gewerbetreibenden zum Verständniß gekommen und ihre Wirkungen verspüren sie am eigenen Geldbeutel, indem sie, wollen sie ihre Kundschaft nicht verlieren, dem Kreditbedürfniß der Arbeiter die weitgehendsten Konzessionen zu machen gezwungen sind. Die Kleingewerbetreibenden lernen täglich mehr einsehen, daß ihre Lebensexistenz von der Lebenshaltung des Arbeiterstandes abhängt; sie wissen jetzt, daß es eine erbärmliche Verläumdung ist, wenn man die Arbeiter als unverschämte und genußsüchtig bezeichnet; sie kennen am besten, wie kaum ein anderer, welche Beschränkungen sich die Arbeiterfamilien auferlegen, um ihr Konto nicht über die Gebühr anwachsen zu lassen, um nicht Gefahr zu laufen, daß ihnen die Kreditverweigerung angelündigt wird.

Ist unter solchen Verhältnissen das Lohn des Arbeiters nun ein beneidens- oder vielmehr ein bedauerndes? Jedenfalls ist das letztere zutreffend.

Dem Arbeiter bietet das Leben nur Sorge, Noth und Plage. Sein Eigenthum — seine Arbeitskraft ist er nicht in der Lage beliebig verwenden und verwerten zu können. Die Verwerthung derselben ist abhängig von dem Willen derer, die die Arbeitsinstrumente besitzen. Die Besitzer der Arbeitsinstrumente verwerthen aber die Arbeitskraft des Arbeiters nur unter der Bedingung, daß letzterer einwilligt, seine höchste Arbeitsleistung einzusetzen für einen Lohn, der wesentlich geringer ist als der Werth der von ihm vollbrachten Arbeitsleistung. Der Käufer der Arbeitskraft, der Unternehmer, befindet sich in der bevorzugten Lage, je weniger für die Arbeitskraft zu bezahlen, je mehr Arbeiter sich zu der ausgebotenen Arbeitsleistung anbieten. Hieraus folgt, daß so lange das Arbeitsangebot ein unregelmäßiges bleibt und Arbeitszeit und Minimallohn noch der gesetzlichen Festlegung ermangelt, das Maß der Lebenshaltung des Arbeiters, wie er leben kann, wie er sein Leben fristen muß, von der einseitigen Willkür der Unternehmer abhängig ist. Die Regelung des Arbeitsangebots wird noch auf lange Zeit hinaus ein Schmerzenskind der Arbeiterschutzesetzgebung bleiben. Die Versuche, die von der sozialdemokratischen Partei nach dieser Richtung unternommen wurden, haben den hartnäckigsten Widerstand der Vertreter des Unternehmertums gefunden. Die Herren sind sich wohl bewußt, daß, wenn der Staat erst einmal gezwungen ist, genaue arbeitsstatistische Erhebungen zu machen und zwar insbesondere über vorhandene Arbeitslosigkeit und vorhandenes Arbeitsangebot, die Arbeiterschutzesetzgebung in andere Bahnen gelenkt werden muß, als die sind, worin sich dieselbe jetzt bewegt. Soll auf dem Gebiete der Arbeiterschutzesetzgebung ein weiterer

Fortschritt erzielt werden, so muß die Arbeiterschaft erst noch größeren Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen.

Die Frage, wie der Arbeiter lebt? findet ihre Beantwortung in der Gegenfrage, welchen Einfluß hat sich der Arbeiterstand auf die Gestaltung der Gesetzgebung errungen? Das Maß seiner Lebenshaltung ist gleich dem Maß seines politischen Einflusses. Das Maß des politischen Einflusses des Arbeiterstandes hängt von dem Grad seiner Aufklärung und der Ausdehnung seiner Organisation ab. So findet auch die Frage, wie lebt der Arbeiter? zu guterletzt ihre Beantwortung dahin, er lebt genau so, wie ihm die Anzahl der vereinigten Kameraden Einfluß auf die Gestaltung der Gesetzgebung gestattet.

Mit dem fortschreitenden Maß des politischen Einflusses der Arbeiterbewegung, wird auch die Lebenshaltung des Arbeiters sich immer mehr dem Zustand nähern, von dem sich sagen läßt, wir leben um zu arbeiten. Erst dann wird Lust, Freude und Liebe zur Arbeit ihren Einzug allenthalben halten, wenn die Arbeit der Berthmesser der Werthschätzung der Menschen geworden ist. Der Arbeiter lebt umso schlechter, je mehr Faulenzen zu ernähren sind. Jemehr die Faulenzen auf den Aussterbeetat durch den wachsenden Einfluß der Arbeiterbewegung kommen, umso wohler wird sich die Menschheit befinden.

Ebenso müssen Standesunterschiede, sowie die Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts beseitigt werden. Das Recht darf nicht nur zu Gunsten des Besitzenden und des Mannes bestehen, sondern jedem Menschen muß sein ihm zukommendes Recht zu Theil werden ohne Standesunterschied oder Unterschied des Geschlechts.

Aber nur eine Gesellschaft von freien, gleichberechtigten Menschen bietet die Gewähr für ein menschenwürdiges Dasein Aller.

Die heutige Gesellschaft bietet nur denen reichliches Auskommen, die, ohne selbst zu arbeiten, eine Anzahl „Hände“ für sich arbeiten lassen, die dafür nur so viel stets erhalten, um ein kümmerliches Dasein führen zu können, um nur gerade sich vor dem Verhungern schützen und sich das Allernothigste anschaffen zu können.

Ganz besonders sind die weiblichen Arbeiter durch die schlechtesten Löhne und längste Arbeitszeit bedrückt und ihre Lebenshaltung steht daher auf tiefer Stufe, was wiederum im Gefolge hat, daß auch ihr Geistesleben äußerst mangelhaft ist. Zeit und Mittel fehlen zur Ausbildung, mit diesen auch die Möglichkeit Lehrinstitute zu besuchen.

Die Arbeiter beiderlei Geschlechts darben körperlich und geistig, und die heutige Gesellschaft freut sich dessen, da ihnen dadurch die Möglichkeit erhalten bleibt, diese nach allen Richtungen bedrücken und ausbeuten zu können. Nur den Kindern der Besitzenden sind die Hochschulen zugänglich und dadurch sind diesen zugleich alle hohen Aemter im Staate gesichert. Diese Aemter und Stellungen geben ihnen die Klinke der Gesetzgebung in die Hand, und es ist somit ein Leichtes, daß sie sich die Gesetze zuschneiden, wie es ihnen angenehm ist, zum Nachtheil der Besitzlosen.

So leben die Arbeiter heute eingeeengt von allen Seiten.

Die Arbeiter haben erkannt, daß ihre Macht in der großen Zahl der Besitzlosen und deren Vereinigung steckt, daß man aber auch die Frauen und Mädchen aus dem stumpfen Dahinleben wecken muß, um energisch und einig zu kämpfen gegen den Egoismus der Besitzenden, denen die Frage „Wie leben die Arbeiter?“ höchst gleichgültig ist, so lange sie sich im Wohlleben befinden und Hunderttausende geduldig für sie arbeiten und sich mit einem Theil des wahren Arbeitsverdienstes zufrieden geben.

Und wenn sie in nächster Zeit ihr gedankenloses „Friede auf Erden“ herleiern werden, dann sei es allen Arbeitern und Arbeiterinnen eine Mahnung, mitzukämpfen gegen die verrotteten Zustände, daß bald einer neuen Gesellschaft in Wahrheit das „Friede auf Erden allen Menschen“ entgegen schallen kann und auch allen zur That wird.

## Aus dem Reichstage.

Eines katholischen Feiertages wegen fand am 7. und 8. keine Sitzung des Reichstags statt. Auf der Tagesordnung am 9. stand zuerst:

Antrag Goldschmidt (frei.) wegen Annahme des folgenden Zusatzes zu Art. 63 des Handelsgesetzbuchs:

„Beim Abgange können die Handlungsbücher ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Dieses Zeugnis ist auf Verlangen der Handlungsbücher auch auf ihre Führung und ihre Leistungen auszudehnen.“

Abg. Goldschmidt begründet seinen Antrag, welcher von anderer Seite nur wenig Opposition begegnet. Bei dem allgemeinen, wenn auch kühlen Wohlwollen, welches der Gegenstand findet, wird von einer Kommissionsberatung abgesehen.

Bedeutender ist der zweite Beratungsgegenstand, Antrag Au er (Soz.); dem Artikel 23a der Reichsverfassung folgenden Zusatz zu geben:

„Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt, Zeugen und Sachverständige — auch eiblich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranstalten, die sie zur Klärung der Thatsachen für nötig erachten. Die Behörden sind gehalten diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren. Die Mitglieder dieser Kommission erhalten für ihre Zeiterfassung und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgesetzlich festgesetzt wird.“

Abg. Bebel (Soz.): Unser Antrag soll einen Mangel in unserer Verfassung beseitigen. Die Befugnis, welche wir anstreben, ist in zahlreichen europäischen Verfassungen gewährt; in England besonders hat sich das Parlament derselben oft mit großem Nutzen bedient. Redner weist nach, wie wichtig eine solche Vollmacht des Reichstags, selbst Erhebungen zu veranstalten, gerade bei der sozialen Gesetzgebung, die uns gegenwärtig beschäftigt, sein muß. In der preussischen Verfassung besteht gleichfalls eine solche Bestimmung, welche im Jahre 1873 auf Laßers Antrag gegenüber dem damaligen Gräuungsschwindel angewendet wurde. Auch heute könnte dieselbe bei der Vorfrage gute Dienste leisten. Schon im Jahr 1868 stellten wir einen ähnlichen Antrag, der von nationalliberaler Seite unterstützt wurde und nur scheiterte, weil man nicht bald die Verfassung abändern wollte. Redner bittet seinen Antrag sachtlich zu prüfen, ohne Rücksicht auf die Parteistellung, da es keinerlei Parteistellung einschließt.

Abg. Schrader (frei.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu dem Antrag, und bittet denselben gleich im Plenum anzunehmen.

Abg. Boehm (Zentr.) ist gegen den Antrag, weil er eine Verfassungsänderung einschließt.

Abg. v. Mantuffel (kons.) erklärt, daß seine Partei gegen den Antrag stimmen wird, weil sie darin einen Versuch sieht, die Exekutive (die ausführende Gewalt) theilweise von der Regierung auf den Reichstag zu übertragen.

Abg. Marquardsen (nat.-lib.) ist mit dem Antrag einverstanden, da die Kommission in England gute Erfolge gezeitigt habe und da auch die preussische Verfassung die gleiche Bestimmung enthält.

Nach Schluß der Diskussion sagt Abg. Bebel nochmals die Nothwendigkeit des Antrags zusammen und entkräftet die Einwände der Gegner.

Eine Kommissionsberatung wird nicht beschlossen; die zweite Beratung findet im Plenum statt.

Die Sitzung vom 10. Dezember ist die erste gut besuchte in dieser Saison, in welcher bis dahin das Haus noch niemals wirklich beschlußfähig gewesen (zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens 200 Mitgliedern erforderlich) und welches daher nur deshalb Beschlüsse fassen konnte, weil niemand eine Auspählung verlangte. Auf der Tagesordnung stehen die Handelsverträge mit Oesterreich, Italien und Belgien, welche den Mitgliedern des Reichstags vor zwei Tagen mitgeteilt wurden. Reichskanzler v. Caprivi legt in einer langen Rede seine Anschauungen und Grundsätze in Bezug auf die Handelsverträge dar. Die Schutzpolitik die vor 12 Jahren eingeführt worden, habe zuerst sehr günstig gewirkt, bis die andern Völker zu derselben Waffe des Schutzzolls griffen, und unsere Ausfuhr so empfindlich schädigten, daß Abhilfe geboten war. — Die Verträge, welche die Folge dieser Nothlage sind, sollen 12 Jahre dauern, damit die Verhältnisse Ruhe und Stetigkeit gewinnen. (Oh. die Zölle dürfen in dieser Zeit nur nicht erhöht werden;

wohl aber herabgesetzt.) Die Hauptbestimmung der Verträge, die Herabsetzung der Getreidezölle von M. 5.— auf 3.50, wird von dem Reichskanzler gegen die Konservativen verteidigt. Der Schutz der Landwirtschaft ist; ihm eben so am Herzen wie jenen. Er rühmt sich die zeitweilige gänzliche Aufhebung der Kornzölle in diesem Sommer verbindet zu haben, da sie leicht zu deren gänzlicher Abschaffung hätte führen können. Mit der Herabsetzung um 1.50 aber sei für den Schutz der Landwirtschaft, den auch er vor Allem erstrebt, genügend gesorgt. Der Reichskanzler hält diesen Schutz für dringend, hauptsächlich wegen der Möglichkeit eines Krieges, welcher Deutschland nöthigen würde, auch ohne fremde Einfuhr genügend Brotkorn zu erzeugen; daß dies möglich sei, ist seine feste Ueberzeugung.

Die Herabsetzung des Weinzolls kommt hauptsächlich Italien zu Gute und ist von geringerer Bedeutung; seine Wirkung wird für beide Länder förderlich sein.

Von Industriezöllen, ist eine große Zahl herabgesetzt worden; lauter nothwendige Konzessionen gegen erlangte Vorteile. Ein Land, in welchem die Industrie so entwickelt ist wie in Deutschland, muß seinen Absatzmarkt erweitern, weil sonst nicht alle Arbeiter Beschäftigung finden können. Wenn wir auch nicht umhin können, die Menschen, die sich in Erfurt versammelten, die sich dort um die Rednertribüne drängten, mit einer gewissen Mißgunst zu betrachten, so ist doch der Arbeiterstand ein zu wichtiger, als daß man nicht versuchen sollte, ihn wieder zu gewinnen. Auf dem Boden der Botschaft von 1881 stehend; welche die sozialen Schäden nicht nur durch Verfolgung der Sozialisten, sondern auch durch Wohlfahrtsanstalten für die Arbeiter heilen will, haben wir auch in diesen Verträgen unser Bestreben zum Ausdruck gebracht, das Wohl der Arbeitgeber und Arbeiter in gleichem Maße zu fördern.

Die politische Seite der Frage ist durchaus friedlich in ihrer Tendenz. Mit den Ländern, mit welchen man in enger politischer Verbindung lebt, einen wirtschaftlichen Krieg zu führen, widerspricht der gesunden Vernunft. Auch ist es in unserer Zeit nicht mehr möglich, daß sich kleinere Staaten mit hoher Bevölkerungsziffer, die ihre Lebensmittel und die Rohprodukte für ihre Industrie nicht selbst erzeugen können, einen Zollkrieg erklären, dessen Folgen sie selbst am schwersten treffen. Denn wir sehen, wie riesige Staatsgebilde, deren Umfang es ihnen gestattet, die Produkte aller Zonen heroorzubringen, die Vereinigten Staaten im Westen, Rußland im Osten, es versuchen, sich wirtschaftlich streng abzuschließen, weil sie glauben, sich selbst genügen zu können. Dieser Schädigung ihres Exports können Staaten kleineren Umfangs nur dadurch begegnen, daß sie sich zu einer größeren wirtschaftlichen Einheit an einander schließen, wie wir es jetzt für Mittel Europa thun, statt sich in nutzlosem Zollkrieg gegenseitig das Herzblut auszusaugen. (Beifall links.) Der Reichskanzler schließt mit einer dringenden Aufforderung, die Verträge anzunehmen.

Abg. Reichensperger (Zentr.) erklärt sich mit der Mehrzahl seiner politischen Freunde für die Annahme der Verträge.

Abg. Graf Kaniß (kons.) ist entschiedener Gegner der Verträge, insbesondere der Ermäßigung der Kornzölle. Lieber hätte er eine vollständige, zeitweilige Aufhebung derselben gesehen, solange die schlimmste Theuerung anhält, aber der Reichskanzler habe sich dem nur widerseht, um die bleibende Herabminderung um 1.50 besser durchzubringen. Redner beklagt es schmerzlich, daß der Reichskanzler sich von einem liberal-freihändlerischen Geheimrath leiten läßt.

Reichskanzler v. Caprivi weist diese Beschuldigung entkräftet zurück. Kein Liberaler ist bei ihm im Amte. Es sind dieselben Beamten, welche unter Fürst Bismarck arbeiteten, denen man diesen Vorwurf gewiß nicht machen könne. (Weiterkeit.)

Den 11. Dezember wird die Debatte fortgesetzt; den 12. brendet; inzwischen ist auch der Vertrag mit der Schweiz als der Vierte abgeschlossen und vorgelegt.

Staatssekretär im auswärtigen Amt v. Marschall widerlegt die Angriffe des Abg. Kaniß auf die Verträge, dann spricht der

Abg. Broemel (frei.) für Annahme der Verträge, welche endlich wieder in eine Politik einlenken, die er und seine Partei stets vertreten haben. Er billigt die Politik des Reichskanzlers und betrachtet die Verträge nicht als Abschluß, sondern als einen Anfang zu weiteren Erleichterungen, insbesondere auf dem Gebiet der Kornzölle. Bei der stark zunehmenden Bevölkerung ist die Ansicht des Reichskanzlers, Deutschland könne zur Noth den Bedarf an Broitkorn allein decken, durchaus hinfällig und wird es mit jedem Jahre mehr. Die jetzt eingeschlagene Politik muß fortgesetzt werden, bis ganz Europa im Zollbund ist.

Abg. Böttcher (nat.-lib.) will vor genauer Prüfung, wo-

möglich in einer Kommission, kein Urtheil über die Vorlage abgeben. Seine politischen Freunde binden sich nicht zu einer meinsamer Aktion in Wirtschaftsangelegenheiten.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) ist gegen die Verträge, weil sie die Landwirtschaft ruinieren, verlangt Wiederherstellung des Fleis- und Getreidezolls, vor allen Dingen Einführung der Doppelwährung.

Abg. Dr. v. Komierowski (Pole) ist für Annahme der Verträge und findet die Landwirtschaft mit einem Zoll von M. 3.50 genügend geschützt.

Abg. Dr. Kropatsch (kons.) rühmt sich, schon zu vielen Jahren; als Bismarcks Regierung noch freihändlerisch war, schon Schutzvölker gemessen zu sein. Er greift die Verlegung der Kornzölle heftig an. Nicht der Landwirtschaft ist man Opfer auferlegen, sondern der Industrie, welche sie bestreben kann. Gegen einen Angriff des Reichskanzlers auf die Kreuzzeitung nimmt er diese in Schutz (er ist Redakteur der selben). Es betrifft einen Artikel, welcher die österreichischen Skaven auffordert, gegen die „Judenliberalen“ (die Deutschen in Oesterreich), gegen Annahme der Verträge zu agitieren.

Abg. Simonis (Eis.) erklärt sich gegen Herabsetzung des Weins- und Traubenzolles.

Unterstaatssekretär Schrouf erklärt, die alkoholreichen italienischen Weine würden gebraucht zum Verschneiden (verbessern) der leichteren deutschen Weine, so daß die Herabsetzung des Zolles den Konsum der deutschen Weine nicht schädigt, sondern befördert.

Abg. Singer (Soz.): Meine Partei sieht die vorliegenden Verträge an als ersten Schritt zur Aufhebung des Kampfs um Schutzsysteme; an sich sind die Zollermäßigungen die wir bieten, lange nicht genügend. Die Rede des Herrn Reichskanzlers, welche das unheilvolle System der letzten 12 Jahre streng verurtheilt, verspricht mehr, als die Verträge halten. Wenn die Grundbesitzer stark verschuldet sind und deshalb die Staatsunterstützung durch den Getreidezoll verlangen, so muß man zuerst wissen, ob nicht Verschwendung und äppiges Leben zum größten Theil die Schuld daran trägt. Wir werden gegen die Kornzölle kämpfen bis sie gefallen sind. Ziel Nutzen werden die Arbeiter von diesen Verträgen nicht haben; weit mehr bedürfen sie des Normalarbeitstages und eines wirklichen Arbeiterfortschritts. Was wir in Erfurt ausgesprochen, ist nichts Neues; wir sind eine revolutionäre Partei, weil wir die gängliche Umformung der gesellschaftlichen Verhältnisse für notwendig halten und Besserung des Loses der Arbeiter. Wir sehen in den Handelsverträgen einen Schritt auf dem Wege der friedlichen Verständigungen mit andern Völkern, der freilich mit der Willkür politisch in grollem Widerspruch steht.

Abg. v. Huene (Zentr.) wird für die Handelsverträge stimmen, spricht aber doch besonders gegen die Kornzoll-Verabreichung. (Er ist Agrarier und Großgrundbesitzer.) Er freut sich, daß der Reichskanzler die Industrie Nährstoffe nicht als Nährmutter des Staats genannt hat. (Weiterkeit.) Die Exportindustrie ruiniert das Handwerk. Die moralische Kraft beruht auf der christlichen Familie; die Exportindustrie aber stürt nicht das Familienleben. (Beifall rechts.)

Abg. Freiherr v. Mantuffel (kons.) wird die Verträge annehmen, aber sehr energisch für Beibehaltung des Kornzolls von M. 3.50 kämpfen. Redner hofft, die Regierung werde, als Ersatz für Herabsetzung der Zölle der Landwirtschaft genügend Arbeiter verschaffen. Die Löhne auf dem Land, mit Einschluß der Naturallohne, sind höher als die der meisten industriellen Arbeiter. (Lachen links.) Wir brauchen ein Eintreten der Gesetzgebung auf dem Gebiet des Unterstützungswohnsitzes und der Freizügigkeit (sehr richtig rechts) wir verlangen Einschränkung des Verkehrs.

Reichskanzler v. Caprivi erklärt, die verbündeten Bestimmungen würden wohl noch in dieser Session dem Reichstag zur Vorlage zugehen lassen zur Abänderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz. (Beifall rechts.)

Abg. Dechelhäuser (nat.-lib.) ist für die Vorlage, bringt aber nichts Neues vor.

Abg. Ricker (frei.) ist für Annahme der Verträge. Er hofft, daß die Regierung auch für die östlichen Provinzen sorgen wird, welche durch die Politik der letzten 12 Jahre sehr geschädigt sind; in 74 Kreisen derselben hat die Bevölkerung abgenommen. Das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz kann abgeändert werden; die Freizügigkeit aber soll unter allen Umständen unangetastet bleiben.

Reichskanzler v. Caprivi bittet den Reichstag, die Vorlage noch vor Weihnachten zu erledigen.

Abg. Dröter (Zentr.) stimmt für die Vorlage, hauptsächlich, weil wir dadurch in ein näheres Verhältnis zu Oesterreich treten, was in Bayern dringend gewünscht wird.

## Soziale Bilder aus Berlin.

Kommt da neulich ein frisch angelommener Freund aus dem Schwabenland in großer Aufregung nach meinem Zimmer und beginnt zu schimpfen über das Sündenbabel Berlin: es sei ihm eben ein Zettel auf der Friedrichstraße in die Hand gedrückt worden, dessen Inhalt das Maß des Anständigen überschreite. Nanu, sage ich, zeig' doch mal her. — Und er giebt mir eine rothe Karte, auf der zu lesen steht:

Neu eröffnet! Neu eröffnet!  
L . . . Bierhaus  
Z . . . Straße 96.  
Urgemüthliche Aneipe der Residenz.  
Von 6 Uhr Abends ab  
Gesangsvorträge.  
3 hübsche deutsche Jungfrauen serviren, darunter die  
„Klasse Ida“.  
Es wird nicht animirt.

Lachend gab ich ihm den Zettel zurück, zog ein Fach meines Schreibtisches auf und holte ein Schock ähnlicher Reklamenliteratur hervor, um einzelne meinem erkaunten Freunde zu zeigen.

„Wo gehen wir heute Abend hin?“

Zur ersten

Kameruner-Gastwirtschaft,

zu unserm Landmann aus Kamerun, und trinken ein Glas Bier zu 15 Pf., welches zwei hübsche Landmännchen serviren.“

Dazu hat man daselbst noch täglich großes Freikonzert, in welchem unter anderem auch der Flötenvirtuose Jack Lambert aus Kamerun sich hören läßt. Was brauche ich da die Singakademie und 5 Mk. ausgeben, wenn ich die Virtuosen so billig umsonst haben kann?

In ein anderes Lokal werde ich poetisch eingeladen:

Wenn Dich die Frau will plagen,  
Wenn Dich die Grillen jagen,  
Daß alt wird Dein Gesicht:  
Nimm argere Dich nicht!  
Nimm schleunigst Hut und Stoc zur Hand,  
Kulmas Bierhaus allbekannt  
Dorotheenstr. 94 ist,  
Wo man den Arger weg sich frist;  
Ein gut Glas Bier, ein schelm'ich Gesicht  
Bekommen gut und ärgern nicht.

Oder willst Du die schönen Damen in Kostüm sehen, so gehe hin ins Grand-Restaurant, wo diese schönsten Schönheiten „schneidig“ bedienen. Daß es jetzt noch Restaurant Helgoland giebt, wird vorausgesetzt und eine Einladung versichert mir, daß dieses Lokal nicht nur sehenswerth ist und einen angenehmen Aufenthalt bietet, sondern auch, daß zehn junge Damen daselbst bedienen in hocheleganten Galakostümen.

Kürzlich aber bekam ich gar ein Freiloos in die Hand:

Nro. 1890

Erste Klasse

der königl. Bier-Staats-Lotterie.

Inhaber dieses hat zur ersten Klasse der vom König Gambrius im Friedrichsgarten, Friedrichstraße 125, privilegierten Bierlotterie, welche vom 30. Juni 1889 bis Ad infinitum gezogen wird, für das Loos unter Nummer 1890 00 Mk., einschließlich der Schreibgebühr entrichtet. Der auf jeden Theilnehmer fallende Gewinn an helleren Minuten und äußerst gediegener Bewirthung soll ihm gegen Coupirung dieses Looses zum billigsten Preise ausgehändigt werden.

Dies Loos ist übertragbar.

Nun, hast Du genug Proben dieser Einladungskarten? Sieh', bester Freund, es ist wahr, hübsch ist es gerade nicht, uns Männer an der schwachen Seite zu packen, um uns ins Bierhaus zu bekommen. Aber tausendmal schlimmer als diese Insinuation ist die Lage der „schneidigen“ Bedienungsmannschaft, die elendiglich verkommt.

Da sind Zehntausende von Mädchen, die Beschäftigung suchen und nicht finden. Mag noch der Best eines lebenslustigen Temperaments die eine früher, die andere später zur Schenkmanzell machen, die Noth ist unerbittlich und ein Schritt in dieser Karriere macht das Betreten jedes anderen Berufsbodens weiter unmöglich. In besseren Lokalen beginnt jenes gleichende Leben, um später in einem zweideutigen Lokale mit rother Laterne zu enden.

Wer will den ersten Stein auf diese Mädchen werfen?

Ich möchte für keine unserer sogenannten Töchter aus besserer Gesellschaft, auf eigene Füße gestellt und auf Berlin angewiesen, Garantie übernehmen, daß es ihr anders erginge.

Diese Epistel, die ich meinem Freunde gab, hielt ich für passend niederzuschreiben und mit ihr zugleich eine Reihe Bilder aus dem hiesigen Leben folgen zu lassen, die alle mehr oder weniger den großen, noch unorganisirten Erntekampf der Menschenmasse zeigen. Alle Mittel werden angewandt, keines, auch nicht das verabscheuungswürdigste fehlt: selbst das Verbrechen ist ein Kind der Noth.

Hier wo die Gegenätze so scharf sich gegenüber treten, zeigt sich so recht beweisend die Haltlosigkeit der heutigen Produktionsweise wie nirgends sonst.

Und nur ein radikales Heilmittel giebt es zur Besserung: Es ist die Durchführung der sozialdemokratischen Forderungen.

Daß man die Männer an der „schwachen Seite“ packt mit der Einladung durch solche Zettel, das sollte das „starke Geschlecht“ doch überwinden können, meinen wir.

Nach einigen weiteren Reden, die nichts Neues bieten, wird die Debatte geschlossen; die Kommissionsberatung abgelehnt. Die zweite Beratung der Vorlage findet am Montag statt.

Frauenfrage!

Die Blaustrümpfe. \*

Aus dem „Geist der Frau.“ (Französische Zeitschrift.) In einem Artikel der „Justice“ hat Herr Leon Millot mit großer Geschicklichkeit alle die Liebendwürdigkeiten wiederholt, die uns schon so oft gesagt worden sind. Und zu dem benützt er dazu als beste Gelegenheit den Kongreß von Brüssel oder vielmehr die dort stattgefundenen Verhandlungen des Rechtes der Frau. Diese große und gerechte That hat offenbar nicht seinen Beifall, sonst würde er nicht in seine Kellame für einen guten Freund eine Frage einschleichen, die, was man auch sonst darüber denken möge, die Frauen der ganzen Welt lebhaft interessiert.

Ist das wohl die Lösung für die Presse, jedesmal wenn die Sache der Frauen einen Schritt nach vornwärts thut, das Wort Blaustrumpf den Frauen ins Gesicht zu schleudern? Früher — noch vor einigen Jahren — sprach man den Frauen Vorstand ab; heute ist dies unmöglich, da der Beweis des Gegentheils geführt ist — selbst in Bezug auf das genügende Gewicht des Gehirns — heute verpöht und beleidigt man diesen weiblichen Verstand, der gleichwertig ist, wenn nicht gleichartig; wie ich fürchte, ist der Redakteur der „Justice“ ausgesprochenen Geistes aus Gemohnheit und Kameradschaft gefolgt. Ich erkenne an, daß er das Recht hat zu tabeln, das Recht seine Abneigung kund zu thun, aber warum greift er das ganze weibliche Geschlecht an? Warum macht er das ganze Geschlecht verantwortlich für die Blaustrümpfe?

Soll damit angedeutet werden, daß alle Frauen Blaustrümpfe sind? Ich glaube es nicht! Aber es müßte deutlicher gesagt werden. Inzwischen gestehen Sie aber, Herr Redakteur, daß die großartige Abstimmung des Kongresses in Brüssel vielen Leuten recht unbehaglich erscheinen wird! Denn es läßt sich nicht mehr verhehlen, die Frauenfrage kann von nun an nie wieder umgangen noch verkleinert werden; sie ist jetzt (was wir immer ersehnten) aufs engste mit der großen Frage der menschlichen Zukunft verbunden, es ist unmöglich sie davon zu trennen.

Sehr bemerkendwerth ist die Stelle, wo Herr Leon Millot schreibt:

„Es wäre ein noch größeres 89\*\* als das Erste, wenn man der Frau die männlichen politischen Rechte gäbe wie dem Manne. Das ist auch unsere Meinung, aber nicht nur in Betreff der politischen Rechte. Es ist klar für jeden, der sehen will, daß die volle Mündigkeit der Frau eine viel größere Tragweite hat. Die Verkündigung der Menschenrechte (eigentlich nur der Rechte des Mannes) hat den Einzelnen vorwärts geholfen, die Verkündigung der Frauenrechte dagegen wird eine Umwälzung der menschlichen Gesellschaft bedeuten.“

Wir haben diese unbestreitbare Wahrheit in unserer kleinen Zeitschrift in den verschiedensten Formen behauptet.

Diese Möglichkeit eines noch größeren 89 darf den Freunden der Revolution nicht mißfallen. Um so weniger, da es, als endgültige Form der menschlichen Gerechtigkeit eine durchaus friedfertige Bedeutung hat — was auch nicht zu verachten ist. Und wer weiß, ob nicht gerade die wahren Gläubiger der Revolution bestimmt sind, diese Friedensaufgabe zu lösen?

Was aber wird indessen aus den guten alten Redeknäppeln, die man uns so gern zwischen die Beine warf, um uns am Weiterstreiten zu hindern?

Die Familie? der häusliche Herd? die Moral? Und was man sonst noch von geheiligten Schätzen zusammensucht, die werth sind, geschützt zu werden — wie die Prostitution, diese heilige Organisation, ohne welche unsere keusche Gesellschaft wie eine alte Baracke zusammenstürzen würde?

Nachdem sich in Brüssel so viele Stimmen für die vollkommene Gleichstellung der Frau ausgesprochen haben, kann man nicht mehr gut die Moral gegen uns ins Feld führen. Wie kann man unsere Forderungen mit Schmach und Schande

\* Blaustrümpfe ist eine Bezeichnung für gelehrt Frauen zuerst in England aufkam und sich dann nach Frankreich und Deutschland verbreitete. In allen 3 Ländern ist es ein Spottname hauptsächlich für Schriftstellerinnen. \*\* 1789 Verkündigung der Menschenrechte in der Nationalversammlung. Von diesem Tage rechnet man den Beginn der französischen Revolution.

Würden diese Kneipen weniger von den Männern besucht, so könnten sich die grünen und rothen Laternen nicht immer noch mehren. Und das „starke Geschlecht“ sollte diesem offen in den Straßen von Berlin getriebenen Menschenhandel nur energisch entgegen treten, anstatt denselben zu unterstützen. Besonders jene, welche in großen Neben Front machen gegen jede Art der Sklaverei, sie sollten nicht selbst hier in diesem Falle den Menschenfleischhandel unterstützen. Und das dürften wir doch wohl verlangen, daß wir Frauen in dem Bestreben hier Besserung zu schaffen, unterstützt würden von allen rechtlich denkenden Männern, die vielleicht selbst Töchter haben.

Das Berliner Polizei-Präsidium antwortete auf eine Anfrage, daß es nicht einschreiten könne gegen diese Zettelvertheilung auf der Straße. Wir wissen aber, daß man häufig eingeschritten ist gegen die Vertheilung von harmlosen Flugblättern, Anzeigen von Versammlungen und dergleichen, hier ist die allmächtige Polizei plötzlich ohnmächtig. Alles was sie bisher zur Besserung der Zustände gethan, richtet sich gegen die Kellnerinnen, nicht aber gegen die schamlosen Wirthe, welche sich Noth und Elend der Mädchen zu Nutze machen.

Dem Breslauer Magistrat ist der Entwurf einer Polizeiverordnung zugegangen, welche die Schließung der Wirthschaften mit weiblicher Bedienung um 10 Uhr Abends zur Regel macht.

Wir verlangen Schutz gegen Ausbeutung der Kellnerinnen. Keine Konzession an Wirthe, welche keinen Gehalt bezahlen und die Mädchen in schamlose Kostüme zwingen. Verbot dieser Anpreisungszettel, strenge Kontrolle der Lokalitäten, der geheimen Stubchen. Das sind Mittel, die mehr helfen werden, als Vorgehen gegen die Ausbeutungsobjekte, die Kellnerinnen.

zurückweisen, nachdem diese Forderungen gebilligt sind — nicht von vereinzelt Philosophen und Aposteln, sondern von den erwählten Vertretern von 17 Nationen.

Und wer sind diese Männer, welche für die Gleichstellung der Frau stimmten? Dichter? Müßiggänger? Schwärmer? Nicht im Geringsten! Es sind Arbeiter, Prediger durch die That. . . Es sind solche, die das Leben in Wahrheit kennen, und welche die Idee für die sie stimmten, praktisch erkannt haben.

Es sind die Männer der schwieligen Hand, der breiten Schultern, des geraden Blicks, des derben Worts. Die sind es, welche heirathen, Kinder erzeugen, Werthe schaffen.

Die sind es, welche die Moral nicht fertig aus mehr oder minder frommen Büchern schöpfen, sondern sie täglich selbst bilden — die tapfere, die echte Moral, aus dem Blut ihrer Adern aus ihrer täglichen Tugendübung.

Und aus diesen Händen nehmen wir die Gleichheit als doppeltwerthvolles Geschenk mit doppelter Freude.

Wohl wissen wir, daß bis zu einer neuen Weltordnung diese Gleichheit, diese Rechte nur im Reiche des Ideals bestehen, daß die alte Welt dieselben keineswegs ausführen oder auch nur billigen wird. Aber wir haben neben dem Glauben an die Macht der Ideen die vollkommene Gewißheit, daß die Zeit bald erfüllt sein wird. Und haben wir uns bis jetzt nur frei gefühlt, so ist es jetzt unsere Pflicht, uns auch frei zu nennen.

Und was diesen Namen der Blaustrümpfe betrifft, welcher man uns wie eine Beleidigung an den Kopf wirft, werden wir ihn tragen wie einen Schmutz. Denn an dem Haß, welchen er den Gegnern unserer Rechte einflößt, errathen wir, daß von allen unsern Rechten dies das kostbarste ist — die Kunst zu schreiben — vor diesem schauern sie am meisten zurück.

Ah! liebe Mitbrüder von der Feder, wißt ihr, wie der gesunde volkstümliche Menschenverstand den langen Krieg kurz erklärt, welchen ihr mit der Schriftstellerin unter dem Namen des Blaustrumpfes führt? Es heißt so:

Es ist der grrrrroße Horn — gegen die Frauen, welche denken und schreiben — von seiten der Männer, welche schreiben und — dann erst denken.

Nicht gerade für Sie, Herr Leon Millot habe ich diese Lesart wiedergegeben.

Rene Marcil.

Die Französin vor der Arbeiterfrage.

Der Senat, welcher aber jetzt sein Urtheil über die Arbeitergesetzgebung abzugeben hat, bewies wieder, daß alle Ungerechtigkeiten, deren Zielstube die Frau ist, einen gemeinsamen Entstehungsgrund haben, den, daß man sie ungerechtfertigter Weise für geringer hält als den Mann.

„Eine Frau darf sich nie nach eigenem Willen regieren“, sagt das alte chinesische Gesetz.

Etwas galanter, richtiger gesagt heuchlerischer, verkündet der Franzose nicht laut und offenkundig den Grundsatz der Söhne des Himmels (so nennen sich die Chinesen), wohl aber richtet er sich nach demselben in seiner praktischen Thätigkeit.

Denn seine Macht über die Frau gestaltet ihm, die Ueberlegenheit, welche er der Ueberlieferung gemäß über die Gefährtin thatsächlich besitzt, auch als innerlich begründet anzusehen und diese Annahme liefert auf's Angenehmste seine Entlastung. Als geringwerthig, ist sie natürlich unfähig für sich zu denken und zu handeln. Daher die große Menge von Verordnungen, deren Opfer die unglückliche Frau sein muß.

Man giebt im Allgemeinen wohl zu, daß jeder nur das richtig beurtheilen kann, was er selbst empfunden hat, aber wie Andre Leo sagt: „Wenn es sich um die Frau handelt, verliert der Mann den gesunden Menschenverstand.“ Denn er wird es gewiß sehr verkehrt finden, wenn jene für ihn entscheiden wollte — und er hätte dazu alles Recht, weil sie eben kein Mann ist — aber da er jedoch ebensovienig eine Frau ist, will er trotzdem eigenmächtig beschließen, was zum Wohle des schwachen Geschlechtes gereicht und damit begeben sie ein schweres Unrecht. So sehr, daß Alles, was bisher von der Gesetzgebung für die Frau geleistet worden ist, nur gewissermaßen „um sie herum“ geschehen ist. Könnte es auch anders sein, da die Hauptbetheiligte gar gefragt worden ist?

Ohne die Daymischenkunst des Senators Veranger, dem die Arbeiterinnen Dank schulden, hätte das Arbeitsgesetz, welches jetzt berathen wird, eine Ungerechtigkeit mehr gegen die industriellen Arbeiterinnen erhalten.

Noch bornirter als der Senat — meistens ist es umgekehrt — hatte die Kammer gleich zu Anfang gerufen: Keine feste Regel für den Mann! der weiß schon selbst, was er zu thun hat. Was aber die Frau betrifft — die Unvernünftige — so muß man ihr allerdings zusetzen, wie dem Meere: Bis hierher und nicht weiter!

Und eben so unhöflich wie die Chinesen haben die Herren aus dem Palais Bourbon (in diesem Palast tagt die französische Deputirtenkammer) das schöne Geschlecht auf eine Stufe mit den Kindern gestellt! Wir danken! Und dies geschah unter Angabe von Gründen, welche ganz hinfällig sind, trotz ihrer moralischen Maske.

Zunächst sollte die Frau, welche Kinder zur Welt bringen muß, nicht überanstrengt werden, um nicht den Kindern zu schaden; dann wieder sollte sich die Hausfrau nicht entfernen dürfen, um die größeren Kinder zu beaufsichtigen und zuersehen. Man sollte wirklich meinen, die Frau ginge auf Arbeit, bloß um sich zu unterhalten!

Gemach, meine Herren! Das gerade Gegentheil ist die Wahrheit! Die Frau arbeitet eben nur, weil sie nicht anders kann. Wissen Sie dann aber auch, ob der Ertrag einer so beschnittenen Arbeit den Bedürfnissen eines Jeden genügen wird?

Können Sie behaupten, daß, im Verneinungsfall, der zu geringe Ertrag der Arbeit den Kindern nicht mehr schadet als das Uebermaß?

Sind Sie sicher, daß diese allgemeine feste Regel nicht unvernünftig ist, da die Verhältnisse so rasch wechseln, daß sie für jeden Fall besondere Regeln zu verlangen scheinen?

Die Frau muß eben einen Mann haben, sagen Sie, um Ihre willkürlichen Behauptungen zu unterstützen.

Und die, welche keinen haben? Die laze Moral der Männer vermehrt die Zahl der Ehelosen. Und die Wittwen mit Kindern, denen sie Vater und Mutter sein, die doppelte Arbeit thun müssen?

Ah! Sie glauben unsehbar zu sein, wo Michel Montrigne sagte: „Was weiß ich davon?“

Dies letztere dachte auch der Herr Senator Veranger, der durch eine Abstimmung im Senat die Frau in Betreff der Arbeit mit dem Manne gleichgestellt hat. Die vorgebliche Minderwertigkeit der Frau in diesem Punkt besitzend, hat er ihr das Recht gegeben, sich „nach ihrem eigenen Willen zu regieren“ und ihre Arbeit nach ihrem eigenen Gutdünken zu bestimmen.

Wieder ein Schritt vorwärts zu Vernunft und Gerechtigkeit! Hoffen wir, daß es nicht die letzte sein werde!

Asile de Valsaxre.

Eine Vitriolseife. Das Pariser Geschworenengericht hat vor wenigen Tagen wieder einmal eine Vitriolseife freigesprochen. Das Opfer ist ein Kommiss Namens Gustave Bobillet — die Angeklagte natürlich eine frühere Geliebte des Letzteren, eine Fabrikarbeiterin Marie Duillon aus Lyon. Das Liebesverhältniß der Beiden reicht über zwölf Jahre zurück. Bobillet war damals 19 Jahre alt und wohnte in Lyon. Er lernte auf einem öffentlichen Ball die 21 jährige Marie Duillon kennen, knüpfte mit ihr ein Verhältniß an und überließ später das Mädchen seinem Schicksal. Eines Tages erhielt er einen Brief, worin ihm Marie Duillon die Geburt eines Töchterchens anzeigte und ihn aufforderte, die Erziehungskosten zu bestreiten. Bobillet antwortete nicht. Hierauf folgte eine Reihe Drohbriefe, die sämmtlich ebenfalls unbeantwortet blieben. Zwölf Jahre lang hat Marie Duillon ihren früheren Liebhaber in dieser Weise verfolgt. Sie schrieb an die Familie des jungen Mannes, machte ihm zweimal eine Heirath unmöglich, ließ ihn in Louis le Sannier vor Gericht laden, verlor aber natürlich ihren Prozeß. Marie Duillon, welche in Lyon in den armseligsten Verhältnissen lebte (sie verdiente als Arbeiterin einen Franken täglich), würde wohl trotzdem nie ihre Drohungen ausgeführt haben, wenn nicht eine andere Geliebte Bobillet's welche unbekannt geblieben ist, ihr einige anonyme Briefe zugesandt und sie hierin aufgereizt hätte, sich zu rächen. Sie faßte daher eines Tages den Entschluß, den Rath der anonymen Briefschreiberin zu befolgen. Sie füllte zwei Flaschen mit Vitriol, nahm ihre Tochter, ein krankliches, kleines Mädchen, bei der Hand und machte sich auf den Weg nach Paris. Da sie wenig Geld hatte, legte sie fast drei Viertel des Weges zu Fuß zurück. Nach einer langen, mühseligen Reise von acht Tagen kam sie endlich in Paris an, suchte ihren früheren Liebhaber auf und verlangte von ihm nochmals, ihr zu helfen, die Kleine zu erziehen. Bobillet versprach ihr zuerst eine kleine Pension; aber als sie dies schriftlich verlangte, änderte er wieder seinen Entschluß und verweigerte ihr jede Unterstützung. Einige Tage später, am 12. April d. J., verließ Bobillet Abends gegen 7 Uhr in Begleitung eines Freundes ein Café auf dem Boulevard Sebastopol, als plötzlich Marie Duillon, die ihn an der Thür erwarrete, eine Flasche mit Vitriol ergriff und ihm den Inhalt derselben ins Gesicht goß. Bobillet erhielt schwere Brandwunden und mußte sechs Wochen das Bett hüten. Die Geschworenen haben die Marie Duillon nicht nur freigesprochen, sondern unter sich eine kleine Sammlung veranstaltet und den Ertrag derselben — 25 Franks — der Freigesprochenen durch ihren Verteidiger überreichen lassen. — Das weibliche Frankreich!

Es ist ein trauriger Beweis von Jivifikation, daß den armen, unglücklichen Mädchen kein Gesetz zur Seite steht, das ihre gerechten Ansprüche festsetzt. Es bleibt ihnen kein anderes Mittel, als die Gewalt, um ihre Rechte zu verteidigen.

Wenn französische Richter im Stande sind, in einem solchen Falle auf Freisprechung zu erkennen, so geben sie damit doch zu, daß das Mädchen in seinem Recht war, d. h., daß hier Gründe vorliegen, welche eine Freisprechung rechtfertigen.

Sollten diese aber nicht daran mahnen, endlich doch dafür zu sorgen, daß auch die Väter unehelicher Kinder geschädigt verpflichtet werden, für dieselben zu sorgen? Diese Forderung mögen alle Frauen in allen Ländern an die Gesetzgeber stellen. Keine Mutter kann wissen, ob nicht auch ihre Tochter einmal den Verlockungen eines gewissenlosen Mannes zum Opfer fällt.

Ein nettes Genrebild aus Oesterreich weist folgende Notiz auf, welche wir der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ entnehmen, die vom Staatsanwalt — hoffentlich aus patriotischem Schamgefühl — konfiszirt wurde.

In den ersten Tagen des November wurde im Verein „Delinda Veseda“ in Prosek bei Prag ein Vortrag „Ueber Frauenbildung“ abgehalten, an welchem auch zahlreiche Frauen theilnahmen. Der Vortrag wurde ordnungsgemäß bei der Behörde angezeigt. Aus unbekanntem Gründen schickte dieselbe aber keinen Vertreter zu dem Vortrage, welcher dessen ungeachtet selbstverständlich abgehalten wurde. Diese „Eigenmächtigkeit“ wurde mit einer ganzen Reihe von Verhaftungen beantwortet. Am 11. November verhaftete man die Genossin M. Serpet, die den Vortrag gehalten, den Obmann des Vereins Jos. Zalar, die Vereinsmitglieder Johana Ltoora, Al. Pfeifer, K. Kriskl, Al. Noworny, Al. Pohl. Die Verhaftung wurde bei Nacht vorgenommen. Einige Tage später wurden im nahen Letuan noch zwei Frauen Anna Zoupa und Marie Wraael, die letztere Mutter von fünf kleinen Kindern, verhaftet und in Ketten zum Landesgericht geschleppt, weil sie dem Vortrage beigewohnt haben sollen. Am 12. November wurde die Genossin Johana Kala in Smichov verhaftet, welche auch im Verdachte steht, an dem besagten Vortrage theilgenommen zu haben.

Außerdem wurde eine Menge von Hausdurchsuchungen vorgenommen, den betreffenden Personen aber bis heute kein richterlicher Hausdurchsuchungsbefehl zugestellt. Die Verhafteten befinden sich bis auf einen (K. Kriskl) Alle in Untersuchungshaft.

Die „geheime“ Versammlung ist also eine der Polizei ordnungsgemäß angezeigte Vereinsversammlung. Daß kein Regierungsvertreter entbietet wurde, kann die Versammlung nicht zu einer unerlaubten machen, nach dem Vereinsgesetz ist diese Entsendung das Recht, aber nicht die Pflicht der Behörde, keinesfalls aber hat ein Verein oder eine Versammlung irgend ein Interesse an der Anwesenheit des Polizisten und keinesfalls hat sie die Pflicht, dieselbe abzuwarten.

Nehmen wir aber einen Moment an, obwohl das Gegentheil wahr ist, der Vereinsausschuß habe die Anmeldung der Versammlung verweigert; dann hat er, und nur er, sich einer Uebertretung des Vereinsgesetzes schuldig gemacht, die er mit einer kleinen Geld- oder Arreststrafe zu büßen hätte. Die Vortragende, die Zuhörer geht die Sache gar nichts an. Im „goldenen“ Prag, unter dem glorreichen Regiment des Grafen Thun aber werden zehn Menschen, darunter drei Frauen in den Ketten geworfen; Mütter werden bei Nacht aus den Betten geholt, von ihren Kindern gerissen, in Ketten weggeschleppt — weil sie im Verdachte (!) stehen, einen Vortrag angehört zu haben! Und da giebt es Leute, die pharisaisch auf die Zustände Rußlands hinuntersehen. Die Arbeiterchaft Böhmens war von jeher den größten Provokationen ausgesetzt. Sie hat einen Terrorismus über sich ergehen lassen müssen, der seinesgleichen vergebens sucht. Und wieder steht ihre Organisation kräftiger als je da. Nunmehr beginnen die löblichen Behörden auch die Arbeiterinnen Böhmens zu organisiren. Wir hoffen, daß das edle Werk des Herrn Statthalters gelingen wird. Das Bekleid jener Ketten, in welche man Proletarierfrauen geschlagen, es wird den Stumpf sinn ihrer Genossinnen brechen und das Signal zum Eintritte der Proletarierinnen in die Arbeiterbewegung sein. — Wer aber nun noch immer zweifelt, daß wir in einem „Rechtsstaate“ leben, dem ist nicht zu helfen. —

Wenn wir den Raum dazu hätten, würde die Rubrik: „Oesterreichische Justizgräuelt!“ täglich ganze Spalten füllen —



## Vereine und Versammlungen.

Berlin. Hier tagte eine Versammlung aller in der Papierbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, woselbst Frau Rohrlach über „Die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeiterbewegung“ referierte. Ueber den Vortrag entspann sich eine rege Diskussion, wo besonders die Streitfrage besprochen wurde, welche Organisationsform die beste sei. Die Referentin vertrat den Standpunkt der Zentralisation, wo ihr von verschiedenen Seiten und zwar von Männern, die sich zu den „allweisen“ zählen, klar gemacht werden sollte, daß die Frauen mit den Männern schon deshalb nicht dem gleichen Verein angehören können, weil es immer sehr spät wird, wenn Sitzungen stattfinden, und die Mädchen dann nicht so allein über die Straßen gehen könnten. Die Referentin widerlegte den „Gegner“ gründlich, indem sie unter Anderem darauf hinwies, daß die Mädchen ja auch allein gehen müßten, wenn sie bis spät in der Fabrik „Leberstunden“ machen, und daß auch in dem empfohlenen Frauenverein die nötigen Sitzungen in den Abendstunden stattfinden würden. Des Weiteren erklärte Referentin alle Entgegnungen des Betreffenden für durchaus nicht stichhaltig, da ja das Vorgehen des Unternehmens keinen Zweifel aufkommen lassen kann, daß nur mit vereinter Kraft das arbeitende Volk im Stande ist, der wahren Ausbeutung aller einen Damm entgegenzusetzen, um so einigermaßen das Volk der Arbeit vor völliger Degeneration zu schützen, bis einst diese privatkapitalistische Produktionsweise einer sozialistischen gewichen sein wird.

Bernau. Hier fand am Sonnabend, den 5. Dezember eine Versammlung des Frauvereins der Textilarbeiter u. Arbeiterinnen statt, in der Frau Rohrlach aus Berlin referierte. Der Vortrag über „Die Prostitution und die anarchische Produktionsweise“ wurde sehr beifällig aufgenommen, doch nahm die Versammlung von einer Diskussion darüber Abstand, da noch verschiedene Wahlen zur Ergänzung des Vorstandes auf der Tagesordnung standen. Wenn nun auch Bernau ein kleiner Industrieort ist, so kann doch die Teilnahme der Frauen in den stattfindenden Versammlungen sowohl, als auch in Bezug auf die Zugehörigkeit zur Organisation der Arbeiterinnen mancher größeren Stadt zum Muster dienen. Jedenfalls ist es charakteristisch, daß bei den Versammlungen, ob gewerkschaftliche oder öffentliche, die Zahl der anwesenden Frauen die Majorität bilden.

Quedlinburg. Am 20. November sprach Genosse Hoffmann über „Die zehn Gebote und die besitzenden Klassen. Der geräumige Saal des goldenen Anker war überfüllt. Es waren auch viele Gegner erschienen, von denen jedoch die meisten schon bei der Besprechung des dritten Gebotes verschwanden. Die Zuhörer folgten mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners, welcher in vielen Beispielen und Erläuterungen die Sinnlosigkeit der christlichen zehn Gebote gegenüber der Produktions- und Wirtschaftsweise der heutigen Gesellschaft bewies. In der darauf stattfindenden Diskussion sprach ein Gegner, Professor Hynisch vom hiesigen Gymnasium, seine Meinung über den Vortrag dahin aus, daß er die „Religion“ als Ausgleich des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Armuth und Reichthum empfinde. Genosse Hoffmann verlegte scharf und ausführlich jeden Satz des Gegners, trotzdem ergriff derselbe zum zweiten Male das Wort, darauf bestehend, daß ein „gläubiges Gebot“ dem Arbeiter mehr nützen würde, als der stundenlange Besuch öffentlicher Volksschulungen. Der Unwille der Zuhörer machte sich in lauten Aeußerungen Luft und das mit Recht — nach dem klaren, einleuchtenden Vortrage des Genossen eine stundenlange Präsenpredigt, denn anders kann man es nicht nennen — daß immer von Seiten der Gegner der Versuch gemacht wird, das hungrige Volk mit Religion satt zu machen; mit „Religion“, welche jederzeit dem Mächtigen die Waffen gab, das Volk zu knechten und zu knebeln. Trotzdem hatten die Worte des Herrn Professors ihren, wenn auch gegentheiligen Zweck erreicht — sie belehrten Viele, daß von den herrschenden Klassen eben nichts Anderes zu erwarten ist, als nur: „Schöne Worte.“

Neumünster, 27. November. Am Donnerstag fand im „Conventgarten“ eine öffentliche Frauen- und Mädchenversammlung statt. Frau Kähler-Wandbeck sprach zunächst über die Gewerkschaften und ihren Nutzen für die Arbeiterbewegung. In etwa einstündigem Vortrage führte die Referentin dies in klarer, leicht verständlicher Weise aus. Sie besprach eingehend, wie die Frau stets als minderwertiges Geschöpf angesehen wurde und auch heutigen Tages noch werde und dadurch in ihrer Bildung zurückgeblieben sei. An der Hand der Statistik wies die Rednerin nach, wie die Frau zur Lohnrührerin werde gegenüber dem Manne und erklärte die Ursachen davon. Sie forderte die Anwesenden auf, sich der Gewerkschaftsorganisation anzuschließen. Eine Resolution, wonach sich die Versammlung mit den Ausführungen der Referentin einverstanden erklärt und für die Gewerkschaftsbewegung einzutreten verspricht, wurde hierauf einstimmig angenommen. Dann gab Frau Kähler nähere Aufschlüsse über den Zentralverband der Frauen und Mädchen Deutschlands und ersuchte hier eine Zahlstelle des genannten Verbandes zu gründen. Nachdem eine Pause von zehn Minuten eingetreten, meldeten sich 74 Frauen zum Eintritt in obigen Verband und 7 zum Schneider- und Schneiderinnenverband. Es wird sofort zur Wahl eines Vorstandes geschritten und wurden Frau Egers (Vorsitzende), Frau Böbbe (Kassirerin), Frau Ortman (Schriftführerin), Frau Ralsche und Frau Kowher gewählt. Dieselben nehmen auch jederzeit Beitrittsanmeldungen entgegen. Dann sprachen noch die Genossen Wienau, Horst und Straßburger. Der letztere ersuchte, man solle sich von einzelnen Beamten nicht bange machen lassen, sondern immer wieder frisch darauf los gehen. Nach einem auf die Arbeiterbewegung ausgebrachten Hoch, in das auch die Frauen begeistert einstimmten, wurde die interessante, zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

Verbot eines Arbeiterinnenvereins. Der allgemeine Arbeiterinnenverein für Frankfurt und Umgegend ist polizeilich geschlossen und zwar mit folgender Motivierung: Nach § 8, Absatz 1a des Vereinsgesetzes dürfen Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände zu erörtern, keine Frauenspersonen aufnehmen. Der Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen sei aber nach den obengenannten §§ 1 und 2 seiner Statuten ein solcher, welcher bezwecke, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern und habe nicht nur Frauenspersonen als Mitglieder aufgenommen, sondern besuche nur aus solchen. Auf Grund des § 8, Absatz 2 des Vereinsgesetzes sei daher, vorbehaltlich des gegen die Theilnehmenden einzuleitenden Strafverfahrens, der Verein bis zur ergebenden richterlichen Entscheidung zu schließen. — Wer laßt da über solche logische Beweisführung?

In London fand am 26. November die Jahresversammlung der Frauengewerkschaften statt. Dieselbe beschloß u. A. die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren zu fordern. Eine neue „Auslegung“ des Vereins- und Versammlungsgesetzes hat die Berliner Polizei vorgenommen, die alle bisher dagewesenen „Auslegungen“ in den Schatten stellt und dem polizeilichen „Scharfsinn“ alle Ehre macht. Eine Versammlung des allgemeinen Arbeiterinnenvereins, die angemeldet und auch überwacht war, soll sich mit Politik beschäftigen haben. Die Polizei erklärt nun, daß deswegen die Versammlung eine andere als die angemeldete gewesen sei, obgleich sie zur angemeldeten Stunde in dem angemeldeten Lokale abgehalten wurde. Die

angemeldete Versammlung habe nicht stattgefunden und die abgehaltene sei nicht angemeldet gewesen. Die Einberuferin wurde daher in Strafe genommen wegen unterlassener Anmeldung der Versammlung. Daß das Gericht dieser merkwürdigen Auffassung der Polizei beitreten sollte, ist nicht anzunehmen.

Lübeck. Am Donnerstag, den 3. Dezember fand in den Räumen der Zentralfabrik eine von circa 600 Personen besuchte Versammlung der Frauen und Männer Lübeck's statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Volksernährung. 2. Diskussion. Zu Punkt 1 der Tagesordnung war Frau Ihrer aus Belten (Marx) bei Berlin als Referentin erschienen. Nachdem sich das Bureau konstituiert, erhielt Frau Ihrer das Wort, letztere entledigte sich ihrer Aufgabe zur Zufriedenheit aller Anwesenden. Wir lassen hier die Grundzüge des Vortrages folgen: Die Volksernährung sei eigentlich ein Gegenstand, dem von allen Seiten viel zu wenig Interesse entgegengebracht werde. Vor allen Dingen sei es, wenn man über dies Thema sprechen wolle, notwendig, daß man sich vergegenwärtige, wie die Volksernährung sein sollte und wie sie thatsächlich sei. Die Professoren Bettendorfer-Frut und König hätten nachgewiesen, daß zur Erhaltung des Menschenkörpers hauptsächlich Eiweiß, Fett, Kohlenhydrate und Salz notwendig sei. Auch hätten die Herren ausgerechnet, wie viel von diesen Stoffen in den verschiedenen Mitteln enthalten sind. Schade sei es nur, daß diese Leute der Wissenschaft nicht auch dafür eingetreten sind, daß dem Volk diese Nahrung zu Theil werde. Es sei zum Beispiel notwendig, daß in den Volksschulen Küchenchemie gelehrt werde, anstatt englisch und französisch. Auf der ersten Stufe der Nahrungsmittel ständen die aus dem Thierreich stammenden und zwar in folgender Abfolge: Geflügel, Wild, Aind, Schweine- und Kalbfleisch und Fische. Doch wüßten wir ja, daß der Arbeiter selten einmal Rind- oder Schweinefleisch, geschweige denn Geflügel und Wild auf den Tisch bekomme. Ein erwachsener Mensch braucht zu seiner Ernährung 1 Pfund Fleisch täglich und zwar sei es am besten in gebratenem Zustande. Wie es in Deutschland unter den Proletariaten mit der Fleischernahrung aussehe, das zeige am besten der Konsum von Pferdefleisch und Heringen. Es sei seiner Zeit von den Zeitungen der Bourgeoisie das Pferdefleisch so gepriesen, trotz und alledem sehe man auf den Tafeln derselben die Lederbissen nie. Auch dürfe man nicht vergessen, daß man bis heute noch nicht darauf gekommen sei, junge gesunde Pferde zu schlachten. In der letzten Zeit sei es durch die Viehaustrahverbote und Kornzölle noch weit schlimmer geworden, es beweisen die Rindern- und Hundeschlachtereien in den großen Städten. Von den vegetabilischen Nahrungsmitteln sei das Brod und zwar Roggenbrod, das beste für einen d r angestrengt arbeiten müsse, doch würde der Roggen dadurch, daß er so theuer sei, mit Gerste und schlechtem Weizen untermengt und dadurch minderwertig. Wie seiner Zeit das deutsche Volk gegen die Kornzölle protestirt hat, habe man auf diesem Gebiete wieder eine neue Erfindung gemacht, man hat nämlich den amerikanischen Mais empfohlen und versucht es für sehr nahrhaft zu erklären, doch sei auch dies nur ein Betrug, denn man an dem Proletariat begelen wolle zu Gunsten des Selbstsacks der Agrarier. Das Maismehl habe etwas mehr Nährgehalt wie Kartoffelmehl, aber diese Sachen solle man hauptsächlich die Frauen aufklären, schlechte Ernährung des Volkes bedeute einen Rückgang in der Kultur. Von den Hülsenfrüchten werde behauptet, daß sie sehr eiweißhaltig seien, doch würde dies dadurch sehr vermindert, indem an den Schalen gerade die meisten Eiweißtheile hängen bleiben, man betrüge seinen Magen damit. Was in Deutschland die so sehr eingebürgerte Kartoffel betreffe, so sehe man am besten an den schlechten Weibern, die ja hauptsächlich von Kartoffeln und Heringen leben, daß deren Nährwerth nicht besonders groß ist. Die Milch habe noch einen ganz besonderen Nährwerth, daß beweise die Muttermilch ja schon, doch sei auch hier wieder der Proletariat im Nachtheil, er würde schon am Tage seiner Geburt betrogen, da seine Mutter ihm nicht die Milch geben könnte, wie sie sein sollte, weil sie eben nicht die nötige Nahrung, Pflege und Ruhe haben könne, die eine Mutter bedarf. Rednerin kommt dann zu den Genussmitteln, es seien dies Kaffee, Thee, Bier, Tabak und Branntwein; den Kaffee, den der Arbeiter trinke, sei ja auch meistens Eichorienwasser, da der Kaffee durch die Zölle zu sehr in die Höhe getrieben sei. Gerade bei den Genussmitteln seien die Fälschungen am aller schlimmsten. Der Branntwein sei ja nach der Behauptung verschiedener Reichstagsabgeordneter hauptsächlich Schuld an den schlechten Verhältnissen in welchen die Arbeiter lebten und seien ja auch deshalb die Herren so für die Zölle des Branntweins, daß aber gerade die großen Brennermeister diese Zölle, die, wie alle anderen Zölle hauptsächlich der Arbeiter bezahlen muß, in die Tasche stecken, davon sagen diese Herren nichts. Man habe bei der Debatte über die Branntweinzölle gesagt, daß die Frau Schuld daran sei, wenn sich der Mann dem Trunke ergebe, sie könne nicht kochen usw., man habe aber nicht daran gedacht, daß die Töchter der Proletariat in den Küchen der Bourgeoisie wohl kochen könnten, weil sie da eben alles hätten was man brauche, um eine gute Mahlzeit zu bereiten, daß habe aber die Arbeiterfrau in den meisten Fällen nicht. Und aus nichts könne auch nicht viel werden. Es sei das aber nicht alles was zur richtigen Volksernährung gehöre, es gehöre auch noch dem Essen noch eine bestimmte Ruhepause in gesunder Luft dazu, auch diese habe der Arbeiter nicht und sei schon von dem Standpunkte aus die Forderung des Achtstundentages eine gerechte. Was die gesunde Luft betreffe, so sei man von oben herab ja sehr besorgt um die Arbeiter, wenn es sich um Versammlungslöcale handle, hier habe jeder seinen bestimmten Raum, die Wohnungen derselben Arbeiter seien manchmal schlechter wie die Viehställe der Agrarier. Es sei vom Regierungsidee bestritten worden, daß ein Nothstand vorhanden sei, daß aber einer da sei, bewiesen und die vielen Wohltätigkeitsanstalten, womit sich die Bourgeoisie so gerne brüste, doch sei auch hier der Arbeiter der Bezahler, zwar richte die Bourgeoisie diese Anstalten ein, doch müsse sie nachher der Arbeiter erhalten, weil man den Bettragsdafür schwinde. Hauptsache sei es nun, daß wir auch das weibliche Geschlecht in die Bewegung einführen. Wenn erst die Frauen geschlossen in unseren Reihen mitkämpfen, dann werde auch eine Zeit kommen, wo das Volk sich und seine Kinder ernähren könnte. Reicher Beifall lohnte die Rednerin für ihren Vortrag. Der Vorsitzende forderte etwa anwesende Gegner auf sich zum Worte zu melden. Da sich nach zweimaliger Aufforderung keiner zum Worte meldete, erhielt Frau Ihrer das Schlusswort. Hierbei verlas Rednerin noch einige Recepte aus einem Kochbuche, welches von einer Kommission des Verbandes Arbeiterwohl in München - Gladbach herausgegeben ist und welches hauptsächlich zur Anleitung zum Kochen für Arbeiterfrauen dienen soll. Es waren hiernach Gerichte für 4 erwachsene Personen für 35-40 Pfg. herzustellen, doch waren die Bezugsquellen von all den schönen Sachen, die man so billig kaufen konnte, wie in dem Kochbuche stand, nicht angegeben, auch nicht, wie man es anfangen müsse, mit den verzeichneten Gerichten 4 abgearbeitete Menschen zu sättigen und wieder zur Arbeit fähig zu machen. Zum Schluß wurde noch folgende Resolution eingereicht: „Die heute Abend in der Zentralfabrik tagende öffentliche Versammlung der Frauen und Männer Lübeck's erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin voll und ganz einverstanden und verspricht auch die Frauen dahin aufzuklären zu wollen, daß sie mit den Männern

zusammen stehen und kämpfen für unsere Sache, damit endlich dem gesammten Volke ein besseres Dasein zu Theil werde.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen und um 10 Uhr 20 Minuten die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Köln. Am vorigen Sonntag, Vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, sollte Frau Hedwig Henrich-Wilhelmi auf Veranlassung des dortigen Freidenkervereins einen öffentlichen Vortrag über das Thema „das Christenthum in Wort und That“ halten. Die städtische Verwaltung hatte dazu dem genannten Vereine den großen Gürzenichsaal laut schriftlicher Bestätigung vom 13. Novbr. cr. vermietet und der Verein eine rege Agitation ins Werk gesetzt, um bei zahlreichem Besuche vermittels eines geringen Eintrittsgeldes die hohen Kosten für den städtischen Saal aufzubringen. Am 28. Novbr., Abends 7 Uhr, also ganz kurz vor Thorschluss, empfing der Vereinsvorstand von der städtischen Verwaltung den Bescheid, daß die Bewilligung des Gürzenichsaales zurückgezogen werde. Als Grund dafür war angegeben worden, es sei unbekannt gewesen, daß es sich um einen sozialdemokratischen Vortrag handle, da dazu die städtischen Gebäude laut Stadtverordnetenbeschluss nicht hergegeben würden. Die Rednerin Wilhelmi habe sich vor 2 Jahren öffentlich zur Sozialdemokratie bekannt. Der Vorstand des Freidenkervereins erließ daraufhin heute folgende Erklärung: „Wie bereits durch Plakatanzeige mitgetheilt, hat das Oberbürgermeisteramt das uns für Sonntag, den 29. Novbr., erteilte Benutzungsrecht des großen Gürzenichsaales noch Sonnabend, den 28. November, Abends 7 Uhr, zurückgezogen. Diese Zurückziehung erfolgte unter der Angabe, daß die von uns zu einem Vortrage geladene Rednerin, Frau Hedwig Henrich-Wilhelmi, sich vor zwei Jahren öffentlich zur Sozialdemokratie bekannt habe, und daß es sich um einen sozialdemokratischen Vortrag handle. — Abgesehen davon, daß uns die politische Ueberzeugung der Rednerin als Verein nichts angeht, da wir politische Tendenzen nicht verfolgen, erklären wir diese Behauptung für unrichtig.“

Das Thema des in Frage stehenden Vortrages war, wie soeben aus unseren Veröffentlichungen ersichtlich, freireligiöser Natur; im Uebrigen ist Frau Wilhelmi Vorstandsmitglied und beauftragte Agitatorin des deutschen Freidenkerbundes. Das Verfahren des Oberbürgermeisteramtes ist also unbegründet und konträrktwidrig; wir empfinden es überdies als unbillig und ungerecht.“

Wir sind verwundert über diese Erklärung. Wenn Frau G. W. mit der Sozialdemokratie nichts zu thun haben will, warum wendet sie sich denn stets an die Vertrauensleute derselben? Wahrscheinlich nur, weil ihr kein anderes Publikum zur Verfügung steht.

Wir haben dann auch nicht weiter Lust, diese Halbheiten der Freidenker zu unterstützen. Für Freidenkerthum braucht man nicht apart Propaganda zu machen. Wir wollen die Frauen zu tüchtigen Sozialisten machen, dann kommt das freie Denken ganz von selbst. Unter falscher Flagge zu segeln ist meist das gefährlichste Beginnen und besonders bei den noch nicht aufgekärten Frauen und Mädchen.

Wenn Frau Wilhelmi angestellte Agitatorin ist, dann fallen wohl auch in Zukunft für die betreffenden Orte die hohen Kosten fort, welche bestehen in 30 Mk. für den Vortrag, Reise- und Unterhaltungskosten. Dann steht doch der Verein für die Kosten ein und haben die Sozialisten auch gar kein Interesse daran, ihre Mittel für solche Zwecke herzugeben.

Hier möchten wir gleich noch auf eine Agitatorin aufmerksam machen, die bei wenig Aufgeklärten recht viel Schaden anrichten kann. Es ist Frau E. L. Ruche-Berlin. Sie wendet sich mit ihren Ueberspanntheiten ebenfalls an das Arbeiterpublikum und in der Provinz wird es wohl selten vorkommen, daß ihr so gewandt und schlagfertig geantwortet wird, wie vor mehreren Jahren in einer Versammlung der Arbeiterinnen in Berlin. Ihre Lehren gehen dem Sozialismus strikte entgegen und es giebt in der Provinz leider Vertrauensleute, die für eine solche Propaganda eintreten, ohne sich von dem Werth oder Schaden derselben überzeugen zu können, weil nur Frauen zu den Vorträgen Zutritt haben.

Dazu sind die Kosten für diese Art Vorträge so hoch, daß man faunen muß. Während unsere Agitatorinnen kaum ihre Auslagen, von Zeitverschwendung ganz abgesehen, erhalten, wirft man hier mit vollen Händen hinaus.

Wir wünschen, daß die Frauen selbst Acht haben auf solche Unfug und selbst darüber entscheiden, was gut für sie und was schädlich ist.

## Sprüche.

Wir fordern alle Erdengaben,  
Nur um den Himmel winselt ihr —  
Den Himmel sollt ihr künftig haben,  
Allein die Erde nehmen wir.

G. Kinkel.

In Deutschland klagt man, daß über Gebühren  
Sich mehren die krummen, verwachsenen Rücken. —  
Kein Wunder, wo alle Frauen sich schnüren  
Und alle Männer sich bücken.

G. Kinkel.

Wenn der Reichtum Freiheit giebt,  
Laß ich ihn dennoch laufen,  
Soll ich, um morgen frei zu sein,  
Heute mich verkaufen?

G. Kinkel.

## Literarisches.

Hajenclevers Vermächtniß. Illustriertes deutscher Jugendschaft-Schönstes Weihnachtsgeheim für Knaben und Mädchen. Pracht-Ausgabe M. 2, billigere Ausgabe ebenfalls eleg. geb. M. 1.50. Zu beziehen durch Wörlein & Comp., Nürnberg, sowie in allen Arbeiterzeitungs-Expeditionen.

Die Organisationsfrage. Ein Beitrag zur Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von der General-Kommission der Gewerkschaften. Preis 10 Pf.

Die Arbeitsverhältnisse der Mäuler Deutschlands. Sehr interessante Aufschlüsse über dieses Gewerbe und dessen Arbeitsbedingungen enthaltend. Von Interesse für Alle. Preis 60 Pf. Herausgeber: Redakteur Käppel, Alenburg.

Die Einschränkung des polizeilichen Verordnungsrechts mit besonderer Berücksichtigung des Droßkutschergewerbes. Von W. Schütte. Im Verlage des Vereins Berliner Droßkutschler. Preis 25 Pf.

Berliner Arbeiterbibliothek. III. Serie. Preis pro Heft 10, 15-20 Pf. Berlin, Elisabeth Ufer 55.

Ferd. Lassalle's Reden und Schriften, pro Heft 20 Pf. Berlin, „Vorwärts“, Beuthstr. 2.

Die Arbeiterinnenfrage der Gegenwart. Von E. Jettin. Preis 15 Pf. (Arbeiterbibliothek.) Bei allen Zeitungs-Expeditionen.

Bibliothek politischer Reden. In Heften à 25 Pf. Wörlein & Co., Nürnberg.

Druck von Fr. Meyer & Hinzpeter, Hamburg, Rosenstraße 35